



## EUROPÄISCHE KOMMISSION

Generaldirektion Binnenmarkt und Dienstleistungen

Generaldirektor

Brüssel, den 05. 11. 2009- 308742  
MARKT F2/ 'sca D(2009) 328340

**Betr.: Beschwerde hinsichtlich der Umsetzung der Richtlinie 2005/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2005 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung in Deutschland**

Herr Botschafter,

der Kommission ist eine Beschwerde (Reg.Nr. 2009/4572) bezüglich der Umsetzung von Artikel 37 der Richtlinie 2005/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2005 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung (nachfolgend: „Richtlinie“), geändert durch die Richtlinien 2007/64/EG und 2008/20/EG, in Deutschland zugegangen.

Gemäß Artikel 37 Absatz (1) der Richtlinie sollen die Mitgliedstaaten vorschreiben, „dass die zuständigen Behörden zumindest wirksam überwachen, ob alle dieser Richtlinie unterliegenden Institute und Personen die darin festgelegten Anforderungen einhalten, und dass sie die erforderlichen Maßnahmen treffen, um deren Einhaltung sicherzustellen“. Die Absätze (2) bis (5) von Artikel 37 enthalten weitere Details zu dieser Verpflichtung.

Der Beschwerdeführer hat die Kommissionsdienststellen darauf aufmerksam gemacht, dass die deutschen Rechtsvorschriften - entgegen den Anforderungen der Richtlinie - nicht für alle dieser Richtlinie unterliegenden Institute und Personen Aufsichtsbehörden mit den erforderlichen Kompetenzen vorsehen; als nicht oder nur teilweise geregelte Bereiche wurden genannt:

- (1) Casinos: Den vorgelegten Unterlagen zufolge ist die Aufsicht im Bereich von Casinos weitgehend geregelt, wobei bis auf eine (nicht näher genannte) Ausnahme die jeweiligen Länderinnenministerien und die ihnen nachgeordneten Behörden als Aufsichtsbehörden bestimmt worden. Demzufolge ist unklar, ob in

Herrn Botschafter Edmund Duckwitz  
Außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter Ständiger Vertreter Deutschlands  
Rue Jacques de Lalaing 8-14  
B-1040 Bruxelles

allen Bundesländern für den Spielcasinosektor die entsprechenden Aufsichtsbehörden bestimmt wurden.

- (2) Die sonstigen aufgrund der Richtlinie zu verpflichteten Berufsgruppen, welche der deutschen Rechtslage entsprechend durch eine nach Landesrecht zu bestimmende Stelle zu beaufsichtigen sind. In diesem Zusammenhang wurden Güterhändler, Immobilienmakler und Versicherungsvermittler angeführt.

Die Kommission fordert Ihre Regierung auf, sich innerhalb eines Monats nach Eingang dieses Schreibens hiezu zu äußern.

Die Kommission behält sich das Recht vor, nach Eingang der Äußerungen oder falls innerhalb der gesetzten Frist keine Äußerungen eingehen, ein Aufforderungsschreiben gemäß Artikel 226 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft abzugeben.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Jörgen Holmquist

Ansprechpartner: